

17.02.2016  
029a

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Statement**  
**von Kardinal Reinhard Marx,**  
**Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz,**  
**im Pressegespräch „Kultur der Aufnahme und der Solidarität – die**  
**Herausforderung durch Flüchtlinge und Migranten“**  
**am 17. Februar 2016 in Kloster Schöntal**  
**zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz**

I.

Die deutschen Bischöfe widmen den gesamten heutigen Tag den Fragen von Flucht und Migration – ein Thema, das, wie wir alle wissen, die öffentliche Diskussion in Deutschland derzeit bestimmt wie kein anderes.

Es muss kaum betont werden: Die Herausforderungen, die sich aus den anhaltend hohen Flüchtlingszahlen ergeben, sind immens. Aber richtig ist auch, dass die staatlichen Stellen, die Kirchen und die Zivilgesellschaft im vergangenen Jahr auf eindrucksvolle Weise gezeigt haben, was unser Land zu leisten vermag, um große Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Phase, in der sich die Anzeichen von Verunsicherung und auch Überforderung mehren. Das ist ehrlich anzuerkennen. Aber was uns in dieser Lage am wenigsten weiterhilft, sind rhetorische Dramatisierungen und engstirniges Gezänk. Gerade wer einen wachen Blick auf bestehende Schwierigkeiten und Probleme hat, braucht sich nicht von diffusen Ängsten aus der Bahn werfen zu lassen. Wir benötigen tatkräftiges Engagement statt Untergangsgeraune.

II.

Als Kirche kennen wir unsere Verantwortung und wollen sie wahrnehmen. Dies spiegelt sich auch darin wider, dass wir im Jahr 2015 die finanziellen Mittel für die Flüchtlingshilfe deutlich erhöht haben. Erste Zahlen konnte ich im September letzten Jahres bei der Herbst-Vollversammlung in Fulda vorstellen. Jetzt gibt es die Gesamtzahlen 2015: So haben die 27 deutschen Bistümer und die kirchlichen Hilfswerke insgesamt mindestens 112 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe aufgewendet: rund 71 Millionen Euro für die

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

Postanschrift  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

Förderung von Initiativen im Inland und rund 41 Millionen für Flüchtlingsprojekte in den Krisenregionen. Der Vergleich mit dem Jahr 2014 macht die Steigerung deutlich: Damals hatten die Bistümer und Hilfswerke insgesamt ca. 73 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe bereitgestellt. Was diese nackten Zahlen nur erahnen lassen, ist das außerordentlich hohe Maß an persönlicher Zuwendung und menschlicher Begleitung, das den vielen Schutzsuchenden im Raum der Kirche zuteilwird. Etwa 5.100 hauptamtliche Mitarbeiter und mehr als 100.000 ehrenamtlich Engagierte geben der kirchlichen Flüchtlingshilfe Tag für Tag ein Gesicht. Ihnen allen gilt mein aufrichtiger Dank. Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen, Erzbischof Dr. Stefan Heße, wird gleich noch näher auf das kirchliche Engagement eingehen.

### III.

Wir Bischöfe sind uns darüber im Klaren, dass es angesichts der Komplexität der gegenwärtigen Lage keine schnellen und einfachen Lösungen geben kann. Mit großem Respekt nehmen wir wahr, dass die politischen Verantwortungsträger unseres Landes ernsthaft bemüht sind, zusammenzustehen und vielen unterschiedlichen – und oft widerstreitenden – Anforderungen gerecht zu werden.

Auf der einen Seite stehen die humanitären Verpflichtungen gegenüber den Flüchtlingen und Asylsuchenden: Wer nach Europa flüchtet, weil er in seiner Heimat um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf unseren Schutz und ein faires Verfahren. Im Vergleich zu anderen europäischen Regierungen hat die deutsche Bundesregierung bislang viel dafür getan, dass Schutzsuchende eine menschenwürdige Aufnahme finden. Diese Politik darf auch künftig nicht infrage gestellt werden. Und die Staaten in ganz Europa sind aufgefordert, ihren angemessenen Beitrag in den Bereichen Flüchtlingsschutz und Asyl zu leisten. Europa hat die Chance, in der gegenwärtigen Krise zu reifen; ebenso aber besteht die Gefahr, dass das Projekt der Integration einen entscheidenden Rückschlag erleidet.

Auf der anderen Seite gilt es, berechtigte Anliegen der Aufnahmegesellschaft zu berücksichtigen: Nicht wenige sorgen sich um Fragen des sozialen Gleichgewichts, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der inneren Sicherheit. Menschen, die sich ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen, empfinden die aktuellen Entwicklungen als besonders beunruhigend. Die Angst vor einem staatlichen Kontrollverlust breitet sich quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Schichten hindurch aus.

Mit großer Sorge erfüllt uns Bischöfe die Tatsache, dass rechtspopulistische Bewegungen die Ängste und Verunsicherungen der Bevölkerung gezielt für ihre menschenfeindliche Agenda ausnutzen und verstärken. Der Kampf gegen Fremdenhass, Gewalt und Intoleranz erfordert das Zusammenwirken aller relevanten Kräfte. Aus diesem Grund hat die Deutsche Bischofskonferenz an der Gründung der breit angelegten zivilgesellschaftlichen „Allianz für Weltoffenheit“ mitgewirkt, die vergangene Woche in Berlin vorgestellt wurde. Die beiden großen Kirchen, der Zentralrat der Juden und der Koordinationsrat der Muslime, Gewerkschaften und Arbeitgeber, Vertreter der Wohlfahrt, der Kultur, des Sports und des

Umweltschutzes – sie alle eint die Sorge um das gesamtgesellschaftliche Wohl. Und gemeinsam senden wir das unmissverständliche Signal aus, dass die überwältigende Mehrheit der deutschen Gesellschaft für die Werte der Solidarität, der Mitmenschlichkeit und des Rechtsstaats einsteht. Die Wahrung der individuellen Würde eines jeden Menschen – auch der Flüchtlinge und Migranten – muss weiterhin der Dreh- und Angelpunkt aller gesellschaftlichen und politischen Bemühungen sein. Wir würden die Axt an die Wurzeln unserer Gesellschaftsordnung legen, wenn wir davon abrückten.